

INFOPAPIER ZUR NOVELLE DES BUNDESIMMISSIONSSCHUTZGESETZES

Unsere Mission ist die Modernisierung des Landes. Damit Deutschland nach einem Jahrzehnt ausgebliebener Reformen wieder zur Spitze der Weltwirtschaft aufsteigen kann, wollen wir unsere Unternehmen – Handwerk, Mittelstand, Industrie und Selbstständige – von bürokratischen Fesseln befreien. Deutschland darf nicht in Langsamkeit ersticken, sobald man auf behördliches Handeln angewiesen ist.

Die deutsche Wirtschaft braucht deshalb einen Genehmigungsturbo. Nur mit einer radikalen Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen wird uns die Wirtschaftswende in Deutschland gelingen. Mit dem Planungsbeschleunigungsgesetz haben wir bereits für schlankere und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Bau von Schienen, Straßen, Brücken und Stromtrassen gesorgt. Mit der Novelle des Bundesimmissionsschutzes (BlmSchG) leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag. Durch sie werden Genehmigungsverfahren für alle Anlagen verschlankt, digitalisiert und damit beschleunigt. Einen zusätzlichen Turbo werden Anlagen zur Herstellung erneuerbarer Energien und Wasserstoff bekommen. Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag konnten im Vergleich zum Kabinettsentwurf der Bundesimmissionsschutzgesetz-Novelle noch zahlreiche weitere Erleichterungen für die Wirtschaft durchsetzen. Damit stärken wir Deutschland als Wirtschaftsstandort und tragen dazu bei, dass wieder mehr Investitionen getätigt werden.

Warum wollen wir Genehmigungen für Industrieanlagen beschleunigen?

Neue Industrieanlagen sind leistungsfähiger und erfüllen höchste Umweltstandards. Unternehmen haben ein großes Interesse, die Investitionen in neue Anlagen sowie die Umrüstung bestehender Anlagen und die damit verbundenen Verbesserungen unkompliziert und schnell umsetzen zu können. Das wollen wir ermöglichen.

Wie werden Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen beschleunigt?

Genehmigungsunterlagen füllen bisher viele Aktenordner und tausende Seiten Papier. Durch die Einführung der elektronischen Antragstellung und weiterer Digitalisierungsaspekte werden die Verfahren stark beschleunigt. Dabei war uns als Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag wichtig, dass Betriebsgeheimnisse gewahrt werden.

Ein wichtiger Schritt im Genehmigungsverfahren ist die Feststellung der Vollständigkeit der Antragsunterlagen. Durch die Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes wird nun klargestellt, dass Genehmigungsfristen beginnen, wenn die Unterlagen vollständig vorliegen. Auch das Nachfordern von Unterlagen durch die zuständige Behörde wird nun auf eine einmalige Nachforderung begrenzt. Damit durchbrechen wir den Teufelskreis aus unendlichen

Nachforderungen, die bisher bisweilen verhinderten, dass es überhaupt zu Genehmigungsfristen kam, und die Antragsverfahren so in die Länge zogen oder gar zum Erliegen brachten. Wir schaffen jetzt Klarheit, wann Fristen beginnen und verhindern Fristverzögerungen.

Durch die sogenannte Beteiligungsfiktion schaffen wir weitere Beschleunigungspotentiale. Äußert sich eine zusätzlich beteiligte Behörde nicht innerhalb einer Frist, geht die Genehmigungsbehörde davon aus, dass die andere Behörde sich nicht äußern will. Damit kann das Verfahren auch ohne die Rückmeldung beteiligter Behörden weiterbearbeitet werden. Diese Beteiligungsfiktion gilt für alle Anlagen und trägt maßgeblich zur Beschleunigung bei.

Darüber hinaus werden den Antragstellern mehr Entscheidungskompetenzen übertragen. Denn sie tragen die Verantwortung für ihre Projekte. Sind Antragsteller sich sicher, dass ihr Vorhaben genehmigt wird, können sie nun leichter ein vereinfachtes Verfahren oder einen vorzeitigen Baubeginn beantragen. Damit werden die sogenannten Fuel Switch Regelungen verstärkt. Diese gelten bisher nur für Änderungen an Anlagen im Falle einer Gasmangellage. Bei Anträgen für den vorzeitigen Baubeginn an bestehenden Anlagen entfällt die sogenannte Prognose-Entscheidung. Damit muss der Antragsteller nicht auf die Rückmeldung der Behörde warten, sondern kann sofort anfangen zu bauen. Dies kann Ertüchtigungen von Anlagen massiv beschleunigen. Das vereinfachte Verfahren ist möglich, wenn der Antragsteller das wünscht. Zur Anwendung kommt es beispielsweise auch bei der Genehmigung von Typenänderungen für Windkraftanlagen. Sie erhalten eine Genehmigungsfiktion nach sechs Wochen.

Öffentlichkeitsbeteiligung in Genehmigungsverfahren ist aus verschiedenen Gründen wichtig. Die Möglichkeit, Einwände vorzubringen, bleibt erhalten. Erörterungstermine werden zukünftig jedoch nur abgehalten, wenn der Antragsteller dies beantragt oder die Behörde sie als geboten ansieht. Damit entlasten wir Behörden und beschleunigen das Verfahren.